



Ausschuss für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz

Selbstbefassung

—

Suizide und Suizidprävention in den Justizvollzugsanstalten des Landes Sachsen-Anhalt

Dem Ausschuss für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz liegt der Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 20.06.2023 vor, das oben genannte Thema in seiner Sitzung am 23.08.2023 im Rahmen der Selbstbefassung **gemäß § 14 Abs. 3 GO.LT** zu behandeln.

Mathias Goldbach
Ausschussdienst

Bereitstellung im AIS/RIS/SIS

**Ausschuss für Recht, Verfassung
und Verbraucherschutz**

**Vorsitzender
Christian Hecht**

Im Hause

Antrag auf Selbstbefassung gemäß § 14 Abs. 3 Geschäftsordnung

Mitglieder des Ausschusses für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz der Fraktion DIE LINKE

Suizide und Suizidprävention in den Justizvollzugsanstalten des Landes Sachsen-Anhalt

Das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz berichtet in einer Pressemitteilung vom 15. Juni 2023 (022/2023), dass „im Universitätsklinikum Halle am 13. Juni 2023 ein 42 Jahre alter Mann verstorben ist. Er war am 9. Juni 2023 nach einem Suizidversuch in einer Justizvollzugsanstalt in die Klinik eingeliefert worden. Der Mann hatte eine Haftstrafe wegen eines Gewaltdelikts verbüßt. Die Entlassung war in diesem Jahr vorgesehen. Der Mann war in der Vergangenheit bereits mehrfach in Strafhaft.“¹

Zudem gab es bereits in diesem Jahr

- am 07.05.2023 einen Suizid in der Justizvollzugsanstalt Halle (018/2023)²
- am 14.04.2023 einen Suizid in der Justizvollzugsanstalt Halle (016/2023)³
- am 11.03.2023 einen Suizid in der Justizvollzugsanstalt Burg (011/2023)⁴

¹ https://mj.sachsen-anhalt.de/aktuelles/pressemitteilungen?tx_tsarssinclude_pi1%5Baction%5D=single&tx_tsarssinclude_pi1%5Bcontroller%5D=Base&tx_tsarssinclude_pi1%5Buid%5D=389463&cHash=539adb7b4fe1d75ad1658604c035f029

² https://mj.sachsen-anhalt.de/aktuelles/pressemitteilungen?tx_tsarssinclude_pi1%5Baction%5D=single&tx_tsarssinclude_pi1%5Bcontroller%5D=Base&tx_tsarssinclude_pi1%5Buid%5D=379027&cHash=c58c94c89a01a5e017158ea385bca369

³ https://mj.sachsen-anhalt.de/aktuelles/pressemitteilungen?tx_tsarssinclude_pi1%5Baction%5D=single&tx_tsarssinclude_pi1%5Bcontroller%5D=Base&tx_tsarssinclude_pi1%5Buid%5D=372964&cHash=4d8594add95681174610379f95082dd7

⁴ https://mj.sachsen-anhalt.de/aktuelles/pressemitteilungen?tx_tsarssinclude_pi1%5Baction%5D=single&tx_tsarssinclude_pi1%5Bcontroller%5D=Base&tx_tsarssinclude_pi1%5Buid%5D=363492&cHash=3d64094dc516c8d36ef65ee659f372dd

- sowie
- am 24.01.2023 einen Suizid in der Justizvollzugsanstalt Halle (003/2023)⁵.

Im Rahmen der Selbstbefassung nach § 14 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt beantragen deshalb die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE zur Sitzung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz am 23.08.2023 einen Tagesordnungspunkt zu folgender Thematik aufzunehmen:

„Suizide und Suizidprävention in den Justizvollzugsanstalten des Landes Sachsen-Anhalt“.

Das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt hatte in diesem Jahr die Todesfälle zum Anlass genommen, interdisziplinäre Maßnahmen zur Verhinderung von Selbsttötungen bei Gefangenen in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes intensiv zu erörtern. Beteiligt daran sollten auch die im Februar dieses Jahres neu einberufene Landesarbeitsgruppe (LAG) „Suizidprävention im Justizvollzug Sachsen-Anhalt“, der u. a. Bedienstete des Allgemeinen Vollzugsdienstes und der Vollzugsabteilungsleitungen sowie Seelsorger und Psychologische Fachdienstmitarbeiter angehören. Die LAG hat insbesondere die Aufgabe inne, bestehende Standards und Verfahren im Hinblick auf die Suizidprävention unter Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen sowie fallpraktischen Erkenntnisse fortlaufend zu überprüfen und zu optimieren.

Die Landesregierung wird im Rahmen des Selbstbefassungsantrages gebeten, über die interdisziplinären Maßnahmen zur Verhinderung von Selbsttötungen bei Gefangenen in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes sowie die Ergebnisse der eingeleiteten Analyse unter Beteiligung des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz, des Justizvollzugs und der Landesarbeitsgruppe „Suizidprävention im Justizvollzug Sachsen-Anhalt“ detailliert zu berichten, insbesondere mit Blick auf Standards, Optimierungsmöglichkeiten in der Suizidprävention und Nachahmer-Effekte.

In diesem Zusammenhang soll insbesondere auch auf die Arbeit, das Resümee sowie konkrete Schlussfolgerungen der im Februar 2023 einberufenen LAG „Suizidprävention im Justizvollzug Sachsen-Anhalt“ eingegangen werden.

Eva von Angern, MdL

Henriette Quade, MdL

⁵ https://mj.sachsen-anhalt.de/aktuelles/pressemitteilungen?tx_tsarssinclude_pi1%5Baction%5D=single&tx_tsarssinclude_pi1%5Bcontroller%5D=Base&tx_tsarssinclude_pi1%5Buid%5D=351188&cHash=a147a8d4651f702a17af93f0f19ba03b